

Pressemitteilung

vom 21. Februar 2007



Fraktion im Kreistag Neuss

Die Landesregierung betätigt sich als Abbruchunternehmer für Naturschutz

Zum Entwurf eines neuen Landschaftsgesetzes erklärt die Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich:

"Die Landesregierung hat einen Plan als Abbruchunternehmer für den Naturschutz vorgelegt", erklärt die stellvertretende Vorsitzende der GRÜNEN-Kreistagsfraktion. Susanne Stephan-Gellrich weiter: „Ginge es nach dem Gesetzesentwurf für das neue Landschaftsgesetz, würde das Klagerecht der Naturschutzverbände zurückgeschraubt, der Biotopschutz erheblich eingeschränkt, die Eingriffsregelung und Landschaftsplanung würden zu Förderprogrammen für die konventionelle Landwirtschaft umfunktioniert und die ehrenamtlich tätigen Landschaftsbeiräte entweder aufgelöst oder entmachtet.“

Damit sei der Gesetzentwurf ein Tiefschlag gegen den Naturschutz im Rhein-Kreis Neuss, aber er passe zur Linie des Landwirtschaftsministers Uhlenberg, findet die Kreistagsabgeordnete Margarete Mehl: „Abbau von Umweltstandard und Förderung der konventionellen Landwirtschaft. Man fragt sich, warum die Novelle des Landschaftsgesetzes überhaupt sein muss, denn erst im April letzten Jahres hatte die rot-grüne Landesregierung das Landschaftsgesetz an Vorgaben des Bundes angepasst.“

Noch nicht einmal das eigens formulierte Ziel der 1:1 Umsetzung von EU- und Bundes-Vorgaben werde erreicht. Die Rechtswidrigkeit etlicher Regelungen müssen am Ende die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden sowie die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Rhein-Kreis Neuss ausbaden. „Denn Folge sind längere Verfahren und mehr Verwaltungsaufwand durch unnötige Rechtsstreitigkeiten im Einzelfall“, die GRÜNEN-Abgeordnete Stephan-Gellrich.